

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

### Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk.  
Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste  
unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen  
durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeitzer Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelt gespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur  
bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383  
Kassierer: L. Geiss, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluss ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 11. Juli 1931

35. Jahrgang

Nummer 28

#### Der Pleitegeier

Hinter den Kulissen des Lohnnabbaus

Es begann mit dem Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns, der sogenannten Farag, im Hochsommer 1929. Damit ging eines der größten Geldinstitute in Deutschland über Bord. Bei der Abwicklung der Pleite stellte sich eine Fülle von Schweizerien heraus, die man nicht für möglich gehalten hätte. Dementsprechend waren die Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Es ist kein Zufall, daß am Beginn der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Pleite der Farag steht. Alle Welt wurde misstrauisch. Alle Welt hatte das Gefühl, es ist vieles faul in der deutschen Wirtschaft.

Seitdem sind etwa 1/2 Dutzend weiterer Versicherungsgesellschaften mit Millionenverlusten zusammengebrochen. Es kam die Klärung in der Kunsteisenindustrie, die zur Vereinigung von Verlusten zwang, die allein in einem Fall, der Elbersfelder Ganzstoffgruppe, über 70 bis 80 Millionen Mark gehen. Zwischen durch ereigneten sich einige Großpleiten in der Vergnügungsindustrie. Gewissermaßen im Zusammenhang damit kam es im Baugewerbe zu Schwierigkeiten und Zahlungseinstellungen. Eine stattliche Reihe von Baukonzernen ist über Nacht verschwunden und der größte deutsche Baukonzern, die von dem bekannten Stahlhelmann geleitete A.-G. für Verkehrsweisen, mußte sich vom Baumarkt zurückziehen und sich auf sein ursprüngliches Gebiet, den Kleinbahnbetrieb, beschränken. Selbstverständlich blieben die Bananen nicht verschont. Der Fall erledigte sich auch nicht damit, daß hier und da Privatbanken mit größeren und größten Verlusten eingingen. Vielmehr hörten wir von dem Zusammenbruch der Raiffeisenbank. Fast zu gleicher Zeit ergab sich die Notwendigkeit der Fusionierung einer unserer größten D.-Banken, der Discontogesellschaft mit der Deutschen Bank. Auch in der Großschifffahrt ging alten Reedereien, z. B. der Hamburg-Südamerika, der Atem aus.

Mit Steigerung der Wirtschaftskrise zog der Pleitegeier immer gefährlichere und bedenklichere Kreise. Es kam zu Komplikationen in unserem größten Warenhauskonzern, der Karstadt A.-G. Fast genau so ging es dem stolzen Linoleumtrust. Dann hörte man von Verlusten bei dem renommiertesten Textilkonzern, der Nordwolle, mit Verlusten bis zu 60 Millionen Mark und verbleibender Schuldenlast bis zu 165 Millionen. Die Mansfeld A.-G. mußte, wie früher schon die oberschlesische Eisenindustrie, stark Subventionen in Anspruch nehmen. Auch hier rächten sich üble Geschäfte in den Vorjahren. Einer der traditionellen Konzerne der Berliner Industrie, der Borsigkonzern, geht zum Reichswehrministerium und bittet um Subventionen. Und die Reihe der Notleidenden ist damit noch lange nicht beendet. Schon spricht man davon, daß das repräsentative Unternehmen der deutschen Schwerindustrie, der Stahltrust an der Ruhr, seit langem sanierungsbedürftig sei und bestimmt mit der mildtätigen Hand des Staates rechne. Wir stehen in einer Serie von Großpleiten und die Abwicklung der Wirtschaftskrise wird ohne Zweifel dadurch erschwert, daß die Pleiteure sich vor Opfern scheuen und die Verluste auf die breiten Massen und den Staat abwälzen wollen.

Angesichts dieser Serie von Pleiten fragt sich jeder nach den Gründen. Die deutsche Industrie hat doch rationalisiert. Sie ist zweifellos unter allen Industrien der Welt produktionstechnisch am glänzendsten ausgerüstet. Sie hat durch moderne Arbeitsverfahren die Gestaltungskosten gedrückt und hintereinander drei Lohnsenkungen durchgesetzt. Was fehlt also dieser Industrie? Wenn niedriger Lohn die Wirtschaft ankurbelt, dann sind diese Voraussetzungen in Deutschland sicherlich gegeben. Auf der jüngsten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sprach der Leiter des Siemenskonzerns, der eine der glänzendsten Konjunkturen aller Zeiten hinter sich hat, von der Versündigung gegen die Wirtschaft, von hohen Löhnen, von hohen Steuern und von untragbarer Sozialbelastung. Der Mann, der zum Reichswehrministerium um Subventionen bittet, ging, der Leiter des Borsigkonzerns, protestierte gegen das Eingreifen des Staates in die Lohnverhandlungen und sein Kollege aus der Textilindustrie, Abraham Frowein aus Elberfeld, forderte die Aufhebung der Lohnschräglitung, wie ja überhaupt das ganze Arbeitsrecht unserm Unternehmertum ein Dorn im Auge ist. Allo die Sünden gegen die Wirtschaft sind hohe Löhne, Steuern und soziale Fürsorge. Wir haben das ja schon zu einer Zeit gehört, wo die deutschen Konzerne im Geld schwammen und ihnen vor lauter Profitquote der Kammschwanz. Es ist also die alte Melodei. Wo es aber hart auf hart geht, hat sich etwas anderes herausgestellt. Bei allen diesen Riesenpleiten gibt es Aktionäre, die bleichen müssen. Wenn nun schon einer zahlen muß und sein gutes Geld verliert, dann will er schon wissen weshalb. So haben in den meisten Fällen ziemlich eingehende Prüfungen durch die Gläubiger stattgefunden. Leider sind diese Prüfungen nur zum Teil veröffentlicht worden. Soweit das der Fall ist, können wir feststellen, daß die Reisoren absolut nicht gewillt waren, die Melodei von den hohen Steuern und den hohen Löhnen und der untragbaren Sozialbelastung zu singen. Es ist geradezu charakteristisch, daß in den Prüfungsberichten diese Taktiken so gut wie überhaupt nicht erwähnt werden, daß man sie für die Pleiten nicht verantwortlich macht. Dagegen hören wir von Direktoren, die sich Riegeleghälter zulegten (Hamburger Del), die für sich sorgten und den Betrieb zu ihren Gunsten ausgeschlachteten. Das ist die berüchtigte Generaldiktatur in unseren Konzernen. Wir hören von Direktoren, die mit den Geldern ihres Konzerns ins Uferlose spekulierten. Ging gut, dann floß der Gewinn in die eigene Tasche. Ging schlecht, dann mußte der Konzern bluten. Dann waren die Löhne so hoch und die Sozialbelastung untragbar. Dann hatte die Politik der Gewerkschaften sich an der Wirtschaft verjüngt. Wo gibt es in der ganzen Welt einen Fall wie den der Raiffeisenbank, die einem hergelaufenen russischen Emigranten sozusagen ihre Millionen nachwarf. Wo gibt es in der ganzen Welt einen Fall, wie den eines bekannten Kommerzientates aus dem Karstadt-Konzern, der sich just zur Zeit, wo sein Konzern mit den größten Schwierigkeiten kämpft, in Berlin eine Überluxusvilla bauen läßt, über die selbst der sicherlich verwöhnte Berliner Westen

staunt. Wo gibt es das? Nur in dem Land, das angeblich zu hohe Löhne zahlt und eine untragbare Sozialfürsorge betreibt. In Deutschland.

Gliedern wir die Gründe, die zur Pleite führten: In den Geschäftsberichten ist ja leicht zu sagen — es gibt da keine Zensur —, daß die böse Krise alles verschuldet. Nein, so liegen die Dinge nicht. Die Krise hat wohl verschlimmert, vielfach böse verschlimmert. Aber sie hat nicht verursacht. Sie hat nur, und das tut jede Krise und das ist das Wesen der Krise, alte Sünden aufgedeckt. Wie haben sich nun nach den Berichten der Brüder die Pleiten entwickelt? Der typische Gang ist der, daß irgendein Generaldirektor den Ehrgeiz hatte, die ganze Industrie aufzukaufen. Er wollte Monopolpreise haben. Er wollte die Profite noch weiter steigern. Die Bäume sollten in den Himmel wachsen. So mußte er schon die ganze Industrie aufkaufen. Jeder Aufenseiter, der außerhalb des Kartells oder Syndikats niedrige Preise mache, wurde mit Gold aufgewogen. Das führte zu einer ungefunden Expansion. Die Unternehmungen wuchsen. Die Konzentration raste. Betriebe wurden stillgelegt und bodenständige Industrien vernichtet, ganze Industriebezirke der Stilllegung überlassen. Dieser wahnsinnige Ausdehnungsdrang wurde noch nicht einmal mit eigenem Geld finanziert. Man pumpte sich das Geld. Im Ausland. Und wenn es nicht anders ging, gegen hohe Zinsen bei den deutschen Banken. Man bezahlte das Geld nicht nur zu teuer, sondern hatte auch zu teuer gekauft. Und vor allem hatte man unrentable Objekte gekauft. Viel Schuld an allem tragen auch die deutschen Banken. Ihre Leiter haben uns so viel von der Verschwendungen der öffentlichen Hand erzählt. Die Rolle aber, die sie in dem oben geschilderten Entwicklungsprozeß spielen, wollen wir nicht näher bezeichnen. Das Spiel geht ja auch noch weiter.

Was ist eigentlich vorgegangen? Man hat die Leistungsfähigkeit der Konzerne gesteigert, bis ins Unermeßliche und Unfaßbare. Diese Leistungsfähigkeit kann nicht ausgenutzt werden, weil das Einkommen der breiten Massen zu niedrig ist und weil es an Kaufkraft fehlt. Dadurch wird die Kapazität unrentabel. Aber Kapazität liegt nicht mir nichts dir nichts herum. In der Bilanz stehen dieser Kapazität Kapitalien gegenüber, die verzinzt werden müssen. In dieser Zwärmühle hat das deutsche Unternehmertum wie folgt kalkuliert: Da das Geschäft und der Absatz nicht mehr

die nötige Verzinsung für unser überhöhtes Kapital abwirft, senken wir einfach die Löhne, um so die nötige Verzinsung herauszupressen. Das hat man getan. Mit den Löhnen fiel aber der Absatz weiter. Das Problem, mit Lohndruck die Zinsen für ein überhöhtes Kapital aufzubringen, war nicht gelöst und kann auch so nicht gelöst werden. Notwendig war eine Kapitalherabsetzung. Diese hätte vorgenommen werden müssen, als sich die Krise in ihren Anfängen zeigte. Das hat man verläumt. Damit aber waren die Pleiten, in denen wir heute stecken, nicht mehr zu vermeiden. Die Kapitalübersetzung unserer Konzerne ist mit ein Grund für die Krise. Die Krise wird nicht überwunden werden, solange diese Pleiten nicht liquidiert sind und solange sich die Kapitalisierung unserer Konzerne nicht der wirklichen Rente in der deutschen Industrie angepaßt hat. Je schneller wir damit fertig werden, desto besser ist es. Auf jeden Fall hat sich aber gezeigt, daß mit Lohndruck hier nichts zu machen ist. Ebenso falsch sind Subventionen. Sie müssen abgelehnt werden. Wenn auch die Schwerindustrie hundertmal mit der Diktatur droht, deren vornehmste Aufgabe es dann natürlich wäre, auf Kosten der breiten Massen und auf Kosten des Arbeitslohnes die Subventionen mit vollen Händen zu verteilen.

Was im Rahmen der Pleiten an die Öffentlichkeit gedrungen ist, hat selbstverständlich den deutschen Kredit ungeheuer geschädigt. Wir haben gehört, wie ein paar Generaldirektoren ohne jede Kontrolle wie die Wahnsinnigen gewirtschaftet haben. Weiter von einer Geschäftsführung unserer Konzerne, die jede Verantwortlichkeit vermissen ließ, die von Leichtsinn und Größenwahn trieb. Wenn Deutschland in den letzten Tagen durch Flucht seiner ausländischen Kreditgeber am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes war — die Katastrophe ist nur durch das amerikanische Angebot einer Stunde der Reparationszahlungen vermieden worden —, dann spülen diese Zusammenhänge dabei eine große Rolle. Wenn schon der Staatsanwalt nicht eingegriffen hat, dann sollte wenigstens die Regierung eingreifen. Sie muß für eine Kontrolle dieses Kapitalismus ohne soziale und wirtschaftliche Hemmungen sorgen, für eine Kontrolle, an der die Arbeiterschaft maßgebend beteiligt ist. Denn die Arbeiterschaft trägt — wir erinnern nur an die Stilllegungen, die sich im Zusammenhang mit den Pleiten ergeben — ja die Kosten einer verschliefen Wirtschaftspolitik.

## Man weiß die Tatsachen

Die Entwicklung der Dinge des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ist mit dem großen Weltkrieg und dem, was ihm folgte, an einem Punkt angelangt, wie Menschen und Völker ihn nur in größeren Zeitäbständen erleben. Wenn wir zurück schauen, sehen wir, daß es fast nur die Gedanken des Sozialismus waren, die neue, vorwärtsweisende Einrichtungen schufen. Diese Gedanken reichen viel weiter, als es die Grenzen von Partei und Gedanken vermuten lassen. Und auch die Macht des Sozialismus reicht weiter als die sozialistische Organisation. Wären jenseits von den Gebilden, die der sozialistische Gedanke schuf, nur Gegner dieses Gedankens, es wäre unmöglich gewesen, alles das soziale Tat zu lassen, was nun doch tatsächlich Tat geworden ist. Und das ist nicht wenig. Mag auch manches nicht ganz so aussehen, als gewünscht werden muß; es kommt doch vor allem darauf an, daß die Entwicklungslinie des heutigen Lebens nach sozialen und demokratischen Zielen hinweist. Darauf darf und soll der Sozialismus stolz sein. Die Vertreter großer, welt- und menschenbewegender Gedanken brauchen nichts so nötig als Sicherheit und Selbstvertrauen. Sie brauchen beides um so notwendiger, wenn die Lebensverhältnisse härter und härter werden, wie in letzter Zeit. Das vor allem muß heute den Massen gesagt werden.

Es ist zu bedauern, daß die gesellschaftlich und wirtschaftlich Bedeutungen nicht in einer einzigen Front zusammenstehen. Aber es ist doch trotzdem geistig Grundlegendes, das sie immer wieder zusammenzieht. Es sind die Nebenschwaden, die noch recht dick aus Herkommen, Gewohnheit und Vorurteil aufsteigen, die jene trennen und sogar entzweien, die zusammengehören.

Betone man immer wieder das alle Bedeutungen Verbindende, und man wird ein gut Teil dazu beitragen, daß sich die den Durchblick erschwerenden Nebenschwaden mehr und mehr lichten.

Die Aufgabe einer zeitgemäßen sozialistischen Aufklärung und Werbung muß sein, Verständnis dafür zu wecken, daß ein sicher geordnetes Staatswesen für die nach gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gleichberechtigung strebenden Schichten viel bedeutet. Der bestehende Staat kapitalistischer Grundinstellung kann nicht einfach durch den sozialistischen Staat abgelöst werden. Es muß vielmehr schrittweise aus- und umgebaut werden in der Richtung des sozialistisch-demokratischen Ideals. Wirklichkeitssinn bringt weiter als Wünschen und Träumen! Darum muß der Kampf um den heutigen Staat, um die Macht in den Volksvertretungskörpern, um Mehrung des sozialistischen Einflusses jeder möglichen Art an erster Stelle stehen. Und dann kommt es weniger auf Worte, als auf Taten an. Das Volk ist in Not, und es fängt allmählich an, die unerfüllbaren Versprechungen hier und die gewissenlosen Verleumdungen dort mit Zweifel und Misstrauen aufzunehmen. Gerade unser deutsches Volk ist mit großen Gesten und lauten Schlagwörtern zu freigiebig beschönigt worden. Es hungert heute nach Klarheit und Wahrheit. Es will ruhige, prunklose Taten sehen! Der Kommunismus und der Nationalsozialismus werden an ihrer inneren Unwahrhaftigkeit wieder zusammenräumen. Die großen Worte haben noch einmal gewirkt, weil die ganze Lage so überaus verworren und unsäglich für große Schichten des Volkes war. Vielfach hatte man vom Sozialismus zuviel erwartet. Man hatte seine Macht überhöht. Aber es genügt nicht, die größte politische Partei zu haben, wenn die absolute Mehrheit innerhalb der Partei nicht trotzdem ein fernes Ziel bleibt. Es genügt auch nicht entfernt die heutige Stärke der freien Gewerkschaften. Das alles

muß ruhig durchdacht und erwogen werden. Wenn das Erwartete in der Zeit nach dem Kriege nicht erfüllt werden konnte, so lag das in der Hauptfalte daran, daß viele tatsächlich dem Sozialismus zustehende Staatsbürger politisch und auch berufsorganisatorisch auf das falsche Pferd gesetzt haben oder einfach überhaupt keine Hand rührten. In Wirklichkeit hat der Sozialismus mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften viel erreicht. Natürlich hätte ein doppelt so starker ganz anders arbeiten können. Und weiter hätte ein solcher Sozialismus in einem nicht unter fremde Gewalt geratenen Staat auch wieder ganz anders um- und neuformen können. Es gibt wahrhaftig der jeden Tage möglichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verbesserungen im sozialistischen Sinne überzeugen. Ein tatkräftiges Beseitigen des vollständig Unzeitgemäßen braucht durchaus nicht nach dem sogenannten Umsturz auszusehen. Uebrigens muß schon notwendig so allerhand „umstürzen“ beim reinigen und auslegen. Es ist jammerschade, daß kein großzügiges Ersehen des Veralteten und Leistungsschwachen durch zeitlich Notwendiges und Starke möglich war, als die Verhältnisse geradezu danach schrien, die deutschen Verhältnisse ungleich mehr als die der weniger notleidenden Völker.

Der Kapitalismus ist „mit seinem Latein zu Ende“: geistige Dürftigkeit ist sein hervorstechendster Zug geworden. Dazu kommt zunehmender moralischer Verfall. Aber trotzdem schwingt der Kapitalismus in den alten Bahnen der Macht weiter. Und einstweilen hat er neben der Macht, die Besitz verleiht, noch Handhaben genug, der Öffentlichkeit die wahre Wirklichkeit der Dinge zu verbreitern. Dieses Täuschungs- und Fortschleppungsmanöver hätte ein genügend starker Sozialismus verhindern können. Es wäre sicher zu erreichen gewesen, die Leistungskraft der Gesamtwirtschaft unter sozialistischer Normatitstellung bedeutend zu erhöhen, obgleich nicht verkannt werden darf, daß die Naturkraft der Beharrung einstweilen noch für den Kapitalismus wirkt hätte. Das das und so manches andere erreicht wurde, ist die Schuld der Jögern und Zweifelnden, die sich nicht entschließen können, dem alten Gesellschafts- und Wirtschaftsgrundzirkel der Zöllie und des Sichselbstdienens durch den sozialen Grundsatz des der Gesamtheit und dem Allgemeinwohl dienen zu ersezten.

Wenn nur erst die gesamten Lohn- und Gehaltsempfänger sich als kraftvolle Einheit den auf Gewinn und Profit Bedachten, den Geschäftemachern, gegenüberstellen wollten! Dann könnte es ein gewaltig großes Aufräumen mit der Übersteigerung der Lebenshaltung der Massen geben. Die Arbeitslosigkeit würde sich dann sehr schnell stark verschieben: die Geschäftemacher würden in großer Zahl nicht mehr unterzubringen sein. Eine vernünftige und füllig veredelte Wirtschaft würde sie überhaupt nicht mehr in der alten Weise verwenden können. Für jeden mattgelebten Geschäftemacher würden viele arbeitslose Lohn- oder Gehaltsempfänger wieder in den Wirtschaftsdienst des Volkes eingereicht werden können, einfach schon deshalb, weil die allermeiste Waren deutlich billiger werden würden.

Wer für die Gedanken des Sozialismus werben will, der lerne es jenen, denen er nahesteht, oder ohne lästig zu fallen, nahtreten kann, mit offenen Augen und wachen Ohren durch das Leben zu gehen, nicht lediglich durch das Leben des täglichen Berufes, sondern auch durch das außerberufliche Leben. Die Dinge des Lebens richtig sehen und verstehen lernen, heißt ohne weiteres die Grundlagen des bestehenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Kulturlibens als frank und unhaltbar erkennen lernen. Es ist nicht nötig, mit

Programmen und Leitsäulen zu kommen. So etwas ist gewiss für den Aufbau einer anders gearteten Welt unentbehrlich. Aber für den noch Ungezulten wirken mehr die greifbaren alltäglichen Dinge des Lebens. Wirklichkeit zieht mehr an als Theorie, überzeugt auch zunächst mehr. Warum müssen in einer Stadt von 30000 Einwohnern über 50 Händler für die einfache Arbeit der Verteilung des Hausbrandes vorhanden sein? Kann es nicht viel besser und billiger durch ein Unternehmen gemacht werden? Dann sind keine 50 bis 100 Geschäftsräume und Lagerstellen, keine 50 Ge- spanne und Gott weiß was sonst noch alles nötig, dann wird das alles schnell und geräuschlos mit ganz wenigen Hilfsmitteln und vor allen Dingen mit technisch modernen Hilfsmitteln gemacht. Und die Unfosten sinken wahrscheinlich auf annähernd den zehnten Teil. Der Warenbezug im großen, vielleicht auf dem Wasserwege, wird ja auch sehr stark verbessert. Dann brauchen dem Verbraucher auf 100 gewöhnlich schlecht gewogene Hund Hausbrand nicht 60 bis 80 Pfennig Händleraufschlag überlangt werden, sondern vielleicht 10 bis 20 Pfennig. Wie lange will es sich die nicht vom Geschäftsmachen lebende Welt noch gefallen lassen, daß eine Ware, nicht etwa Luxusware, die für wenige Pfennige hergestellt wird, für manchmal ebenso viele Mark an den Verbraucher abgegeben wird! Man kommt doch nicht mit dem kurzfristigen Hinweis, daß so mancher geschäftliche Unfall schon deshalb nicht gut belebt werden könne, weil dadurch „Gefahren“ vernichtet würden. Ein Engländer schrieb kürzlich, man könne besser darunter „Geschäftsungen“ dadurch erlegen, daß man einen für die einfache Lebenshaltung genügenden Lohn für das sinn- und nutzlose Aufgraben und Wiederzuschütten von Erdlöchern bezahle. Das ist ein Unsinn, der gewissermaßen den tausendfach bestehenden übertrumpfen will. Aber es liegt dennoch eine derbe Wahrheit darin.

S.

Regierung, die Größe der Defizite der öffentlichen Haushaltungen führt schließlich zu einer Vertrauenskrise von einem seltenen Ausmaß, die ihren Höhepunkt in den zurückliegenden Wochen erreichte. Die Devisenforderungen nahmen fortgesetzt zu, und am 20. Juni war das Deckungsverhältnis der umlaufenden Banknoten bis auf den gelegentlich vorgezeichneten Satz gefallen. Hätte die Devisennachfrage weiter in dem Maße angedehnt, so wären der Reichsbank nur zwei Möglichkeiten geblieben, nämlich entweder eine rücksichtslos durchgeführte Kreditverknappung oder von der Ermächtigung des Reichsbankgesetzes, „unter ausnahmsweisen Umständen“ die Notenabgabe unter 40 Prozent herabzusetzen, Gebrauch zu machen. Im letzteren Falle ist dem Ausmaß der Deckungsunterschreitung entsprechend eine prozentual bemessene Notensteuer zu zahlen, und gleichzeitig muß der Diskont um mindestens ein Drittel des Prozentsatzes der Notensteuer erhöht werden.

Währungspolitisch kommt einer solchen Unterschreitung der vorgezeichneten Notenabgabe keine allzu große Bedeutung zu. Gefährlich und in ihren Folgen nicht abzusehen wären allein die psychologischen Auswirkungen einer solchen Entwicklung auf die deutsche Bevölkerung und auf das Ausland. Viel bedeutsamer in ihren wirtschaftlichen Wirkungen wäre natürlich eine Verminderung des Kreditvolumens durch Restriktionen, die gleichbedeutend mit einer weiteren Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit und verstärkter wirtschaftlicher Not für die Arbeitnehmer ist.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß vor wenigen Wochen das Goldkomitee des Volksbundes zum Zwecke der Belebung der Goldknappheit und damit vieler weltwirtschaftlicher Spannungen und Schwierigkeiten eine allgemeine Lockerung der Golddeckungsbestimmungen vorschlagen hat. Die 40prozentige Deckung der umlaufenden Banknoten, die das Reichsbankgesetz vorschreibt, ist verhältnismäßig hoch. Sie ist vielfach höher als in den übrigen Ländern, ist höher als das Deckungsverhältnis in der Vorkriegszeit und bindet Gold- und Devisenmenge, die bei einem niedrigeren Deckungsatz produktiv verwendet werden könnten. Aber wäre nicht Inflation die Folge einer Herabsetzung des gesetzlichen Deckungsverhältnisses? So ohne weiteres nicht! Die unerlässliche Voraussetzung eines gesunden Geldwesens ist die Übereinstimmung zwischen der vorhandenen Warenmenge und der Menge der umlaufenden Zahlungsmittel. Auf die Größe der Goldvorräte in den Tresoren der Notenbank kommt es dabei überhaupt nicht entscheidend an. Ob das Deckungsverhältnis 40, 20 oder gar nur 10 Prozent beträgt, ist nicht so von Bedeutung, wenn im übrigen das Verhältnis zwischen Güterumslauf und Zahlungsmittelumlauf nicht gestört wird. Es ist nur zu wünschen, daß die Anregung des Goldkomitees des Volksbundes dazu beitragen möge, die Menschheit vom „Wahn des Goldes“ zu befreien.

Die kurzfristige Verschuldung der deutschen Wirtschaft an das Ausland ist seit längerer Zeit ein außerordentlicher Gefahrenherd. Die eigenartige Kreditpolitik des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht, der den ausländischen Kreditstrom, welcher der deutschen Wirtschaft zufloss und der das Wirtschaftsleben befürchtete, absichtlich gehemmt hat, führte dahin, daß die kurzfristige Verschuldung der deutschen Wirtschaft fortgesetzt zunahm. Die große Gefahr der kurzfristigen Auslandsverschuldung wurde zum ersten Male in ihrem ganzen Ausmaß deutlich, als die Reparationsverhandlungen im Frühjahr 1929 in Paris scheiterten. Es ist bezeichnend, daß es wiederum Schacht war, der den Anlaß für den damaligen Devisenverlust der Reichsbank gab. Infolge seiner untauglichen Verhandlungsführung — er forderte u. a. die Zurückgabe der deutschen Kolonien — drohten die Verhandlungen des Young-Komitees zu scheitern. Dies führte zu Kreditkündigungen ängstlicher ausländischer Geldgeber, die durch französische Kreditabzüge, die demonstrativen Charakter trugen, und durch die zunehmende Kapitalflucht aus Deutschland verstärkt wurden. Auch damals war die Reichsbank gezwungen, wochenlang Devisen abzugeben. Infolgedessen nahm die Golddeckung der Banknoten stark zu.

Zum zweiten Male wurde die drohende Gefahr der kurzfristigen Verschuldung nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 sichtbar. Dieser hat der deutschen Wirtschaft weit größeren Schaden zugefügt als die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise. Das Vertrauen des Auslands in Deutschlands Bereitwilligkeit, vertraglich übernommene Verpflichtungen lohnhaft zu erfüllen, nahm in dem Maße ab, wie in Deutschland die nationalsozialistische Agitation zunahm. Auch damals wurden vom Auslande nahmhaftige Beträge kurzfristig geleiheter Gelder zurückfordert. Auch damals flüchtete deutsches Geld ins Ausland und begnügte sich dort mit einer Verzinsung, die weit unter den deutschen Säcken lag. Die Reichsbank blieb zwar auch hierin der währungspolitischen Situation, aber die Gefahr, die mit der kurzfristigen Verschuldung für Deutschlands Wirtschaft und Währung verbunden war, stand von nun an fortgesetzt und drohend im Hintergrunde.

Inzwischen verschärfte sich die Wirtschaftskrise. Die kurzfristige, einkommens- und kaufkraftzerstörende Wirtschaftspolitik verschlechterte die Arbeitsmarktlage fortgesetzt und minderte die Aussichten auf einen wirtschaftlichen Aufschwung immer mehr herab. Die Dezimierung der Arbeitseinkommen wirkte auf die Einnahmen des Reiches, der Länder und Gemeinden, die in ihrem Ausmaß regelmäßig weit hinter den Schätzungen zurückblieben. Auf der anderen Seite stieg der Finanzbedarf infolge der beispiellosen Arbeitslosigkeit ins ungemeinste. Es war nicht überraschend, daß infolgedessen auch das Reparationsproblem wieder in den Vordergrund trat. Im Auslande wurde das Moratorium, von dem man sich Erleichterungen für die Wirtschaft und für die öffentlichen Finanzen versprach, vielfach falsch verstanden. Man glaubte dort, daß Deutschland die Absicht habe, nicht nur die Reparationsleistungen, sondern auch die privaten Zinszahlungen einzustellen. Wieder begann das Ausland kurzfristig in Deutschland angelegtes Geld zurückzufordern. Die Unübersehbarkeit der politischen Lage, das ungewisse Schicksal der

Reichsbank in den vergangenen Wochen oft die bange Frage aufgeworfen worden, ob wir in Deutschland nicht vor einer neuen Inflation stehen. Diese Frage ist — wie gezeigt wurde — zu verneinen. An eine Goldentwertung braucht solange nicht gedacht zu werden, solange Diskont- und Kreditpolitik nach den Bestimmungen des Reichsbankgesetzes gehandhabt werden. Aber auch dann, wenn durch weitere Kreditkündigungen des Auslandes die Golddeckung dezimiert werden würde, wäre dies nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit Inflation. Ein Inflation kann überhaupt nur entstehen, wenn die Zahlungsmittelmenge in inflatorischer Absicht, also bewußt, vergrößert wird oder wenn bei sinkender Warenmenge der Zahlungsmittelumlauf keine entsprechende Veränderung erfährt.

Das vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika vorgeschlagene Welt-Schulden-Moratorium hat zu einer fühlbaren Entspannung der währungs- und kreditpolitischen Lage

geführt. Aber selbst wenn der Zahlungsaufschub für alle politischen Verpflichtungen zur Wirklichkeit wird, wäre noch kein übertriebener Optimismus am Platze. Es käme in der Zeit des Ruhens der Schuldentlastung vor allem darauf an, nach außen hin das Verlorene gegegne zu retten und wieder zu gewinnen; die Gefahr der kurzfristigen Auslandsverschuldung endgültig zu bannen und in der Reparationsfrage voranzukommen und im Innern entscheidende Maßnahmen zur Krisenüberwindung zu ergreifen. Ob das aber mit den bisher geübten Methoden der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erreicht werden kann, ist nach den Erfahrungen des letzten Jahres zum mindesten recht zweifelhaft.

## Die eigenen Totengräber

Es wird in Deutschland und auch in anderen Ländern mit dem Fortbestand einer hohen Arbeitslosigkeit gerechnet. Mehr oder weniger richtet man sich darauf ein. Wie die neueste deutsche Notverordnung zeigt, müssen gewaltige Lasten von der erwerbstätigen Bevölkerung übernommen werden. Daneben hört man aber auch heftige Kritik an den sozialen Lasten, die der Staat und die Unternehmer zu leisten haben. Die deutschen Unternehmer sind nicht sozial genug um einzusehen, daß soziale Lasten das Lösegeld sind, welches der Unternehmer den beschäftigten Bevölkerungsschichten gegenüber zu tragen hat. In seinem Buch „Das Schicksal des deutschen Kapitals“ führt Prof. Bonn über Löne, soziale Lasten und den Bestand des Kapitalismus scharfsinnig folgendes aus:

„Seit die Grenzen der überseeischen Welt geschlossen sind, in die die überschüssigen Menschen einwandern konnten oder einzuwandern hofften, muß man für sie in Europa sorgen. Der Kapitalismus, der soziale Lasten einsparen will, ohne sie durch hohe Löne überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen unbewußt die wahre „Rote Armee“. Ein Kapitalismus überdies, der nicht von den Mitkapitalisten gestützt wird und dessen Ergebnisse hohe Preise sind, kann sich nicht halten, wenn hohe Preise bei voller Beschäftigung von hohen Lönen begleitet sind. Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne große soziale Störungen durchzuführen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten. Sucht man Löne, die, an den Lönen anderer Länder gemessen und mit der Vorkriegszeit verglichen, nicht hoch sind, herabzudrücken, um die verlorene Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen, ohne den Preis abzubauen oder unrentable Kapitalien auszulösen, so gefährdet man den Kapitalismus.“

Diese Worte sollten sich namentlich die deutschen Unternehmer hinter die Ohren schreiben. Das arbeitende Volk ist nur für eine gewisse Zeit bereit, solche gewaltige Lasten wie gegenwärtig auf sich zu nehmen. Andern sich die Verhältnisse nicht, dann kann für den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft von niemandem garantiert werden. Die engstirnigen Unternehmer sehen dies nicht ein. Deshalb sind sie unbewußt die eigenen Totengräber der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn sie dies in ihrem blindwütigen Haß gegen die Arbeiterklasse nicht einsehen wollen, so soll uns das recht sein.

## Bücher und Zeitschriften

Das beste politische Nachschlagewerk ist das Nachschlagewerk „Das Deutsche Reich von 1918 bis heute“, von Gunther Hörbach. Wenn man das schwere und verzweigte Staatsgebiet betrachtet, dann muß man besonders die ganze Art der Gestaltung zum überblicklichen Nachschlagewerk bemühen. Selbstverständlich erscheint alles einfach, wenn schwierige Dinge einfach gelöst werden. Mit großer Sachkunde und strenger Systematisierung ist die Arbeit durchgeführt, der Stoff mit großer Objektivität behandelt. Die ausführlichen Register zeigen sofort das Gesuchte, und in den einzelnen Abschnitten wird das zusammenhängende Bild des Staatsgebietes gegeben — also wiederum Nachschlagewerk und zusammenhängendes Studienwerk zugleich, fraglos eine glückliche Mischung, die das Werk außerordentlich populär machen wird. Als Studienwerk auch für unsere Bildungsbestrebungen beachtlich!

Das Werk beginnt mit einem chronologischen Teil, in dem die Vorgänge der Nachkriegszeit im Telegrammat — in einzelnen Jahresabschnitte eingeteilt — kurz ausgeschrieben werden, so daß hier eine wertvolle, prägnante und dennoch mit reichem Material ausgestattete geschichtliche Entwicklung Deutschlands vorliegt; dann folgen: Die politische und Verwaltungstruktur des Reiches. — Der Reichspräsident mit seinen Aufgaben den einzelnen Vorgängen. — Wahlen, Reichstag, Reichsministerium usw. — Die Parlamente: Nationalversammlung und alle fünf Reichstage nach Parteien, Wahlkreisen und Fraktionen ausführlich und übersichtlich geordnet. — Reichsrat. — Reichswirtschaftsrat. — Staatsgerichtshof. — Die einzelnen Reichskabinette nach dem Umsturz. — Die Reichsministerien mit den Reformen und vor allen Dingen mit der genauen Aufzeichnung der wechselnden Minister in den letzten zwölf Jahren. — Die angegliederten und nachgeordneten Stellen der Ministerien. — Die selbständigen Institute des Reiches: Reichsbank, Reichsbehörde, Statistik des Reiches. — Die einzelnen Länder mit Angaben über Fläche, Bevölkerung, Verfassung, Parlament, Regierung und Aufzeichnung der einzelnen Ministerien. — Ein umfangreiches, übersichtliches statistisches Material, teilweise mit interessanten internationalen Vergleichsdaten über die verschiedenen Berichtsgebiete. — Ein äußerst praktischer biographischer Teil von führenden Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung des Reiches. — Kurze persönliche Angaben und Entwicklungsgang von rund 1700 Persönlichkeiten. — Ein Schlüsselbuche: Die politischen Parteien, Organisationen der Presse und des Schrifttums (mit erschöpfenden Angaben und übersichtlicher Gliederung). — Ausführliche Sach- und Personenregister sowie Spezialregister zum Versailler Vertrag, zur Reichsverfassung und zum Youngplan.

Das Buch trägt den weitesten Bedürfnissen Rechnung und ist das Nachschlagewerk, wie man es praktisch braucht. In Ganglinen gebunden, mit 15 Tafeln und Abbildungen, circa 900 Seiten stark, kostet das Werk nur 15 Mark. Trotz dieses äußerst niedrigen Preises ist es der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds gelungen, in Abrechnung des wertvollen Inhalts des Buches eine Organisationsausgabe mit dem Originalverleger zu vereinbaren, die zum Preis von 11 Mark für das in Ganglinen gebundene Werk an die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen abgegeben wird. Den Zahlstellenbibliotheken kann die Anschaffung nur empfohlen werden.

sich fast nichts an dem bisherigen Zustand, als daß aus den bisher leibigen Bauern beßtlose Tagelöhner wurden. Stein hat angestrebt, die jungerlichen Vorrechte weiter einzuschränken, durch Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit und ihrer polizeilichen Befugnisse. Dazu ist er aber nicht mehr gekommen. Auch hat sich Stein dem Drängen der Junker widergesetzt, durch Einführung einer Gesindeordnung das Gesinde wieder der Botmäßigkeit der Junker zu unterstellen. Der Nachfolger Stein's, Hardenberg, hatte in dieser Hinsicht weniger Bedenken. Er erließ 1810 eine Gesindeordnung, die den Junkern alle Wünsche erfüllte.

Das Fehlen einer selbstbewußten bürgerlichen Klasse in Preußen-Deutschland im Zeitpunkte der Inangriffnahme der Agrarreform hat es verhindert daß diese Reform konsequent durchgeführt wurde. So ist es gekommen, daß die letzten Rechte feudaler Vorrechte erst durch die Revolution von 1918 und die spätere Gesetzgebung beseitigt werden konnten.

Nachhaltiger und wirksamer als die agrarischen Reformversuche erwies sich die städtische Reform, die mit der Städteordnung von 1808 angebahnt wurde. Die Städteordnung ist die wesentlichste der Stein'schen Reformen. Sie sollte das Entstehen von starken selbstständigen Städten fördern, die den Junkern gegenüber ein Gegen gewicht darstellen und innerhalb der Bürgerschaft den Gemeininn und das nationale Bewußtsein stärken sollten. Die Städteordnung von 1808 sicherte den Städten in weitgehendem Maße die Selbstverwaltung. Alle städtischen Bürger hatten das aktive Wahlrecht. Das Wahlrecht war für alle Bürger gleich und wurde geheim ausgeübt. Das passive Wahlrecht war an eine leicht zu erfüllende Befreiung hinsichtlich Besitz und Einkommen geknüpft. Man darf sagen, daß in der Städteordnung von 1808 ideell ein für damalige Zeit erstaunliches Maß von Demokratie verwirklicht war. Die tatsächliche Verwirklichung scheiterte nicht nur an dem Fehlen der starken Bürgerklasse, sondern auch an dem rücksichtlichen Willen der wieder erstarkten königlichen Macht. Zunächst wurde die neue Städteordnung den im Wiener Kongress neuverworbenen Provinzen vorerthalten. Erst 1831 fanden die Städte dieser Landesteile in den Genüg einer Städteordnung, die allerdings wesentlich verschlechtert war. Mit dieser Revision der Stein'schen Städteordnung wurde der Grund gelegt zu dem Dreiklassen-Wahlrecht, das erst die Revolution von 1918 befehlte.

Die Stein'schen Reformen und ihre Ergebnisse bieten in ihrer Gesamtheit ein klassisches Beweismaterial für die Behauptung, die später Lassalle aufstellte, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, d. h., daß sich von ideologischen Reformen in der Entwicklung stets nur soviel durchsetzt, als gesellschaftliche Kräfte vorhanden sind, die das Erreichte anzuwenden und zu behaupten verstehen.

## Im Schatten der Revolution

Zum 100. Todestag des Freiherrn v. Stein.

Das deutsche Volk hat in der Zeitspanne der letzten 100 Jahre einen gewaltigen Raum gesellschaftlicher Entwicklung durchmessen. Man vergegenwärtige sich, daß zu Beginn des vierten Jahrzehnts im vorigen Jahrhundert sich in Deutschland die ersten Formen des modernen Kapitalismus nur spärlich entwickelt hatten. Heute, 100 Jahre später, lebt die kapitalistische Gesellschaft bereits im Stadium des Niederganges. Trotz momentaner wirtschaftlicher und politischer Rückschläge, welche die Arbeiterklasse im Zeichen der Krise erleidet mag, entwickelt sich heute schon — für den Sehenden deutlich wahrnehmbar — die neue gesellschaftliche Neuordnung. In diesen zukunftschwangeren Tagen ist es nicht uninteressant einen Rückblick zu werfen auf die Übergänge früherer geschichtlicher Epochen, zu sehen, auf welche Weise sich in früheren Epochen notwendige gesellschaftliche Umwälzungen und Reformen durchgesetzt haben. Für eine solche Betrachtung ist nichts geeigneter, als eine Schau auf das Wirken des bedeutendsten preußischen Staatsmannes der vormärzlichen Zeit, des Freiherrn v. Stein, der vor nunmehr 100 Jahren, am 29. Juni 1831, starb.

Das wichtigste gesellschaftsgeschichtliche Ereignis, welches die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts entscheidend gestaltete, war die große französische Revolution von 1789. Diese hatte in Frankreich die Herrschaft des Feudalismus radikal beseitigt, leiste Formen der gebundenen Wirtschaft des Mittelalters zerstört. Damit war die Basis geschaffen für die Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftsformen.

Die despatisch regierten mitteleuropäischen Monarchien Preußen und Österreich hatten zunächst gegen Ende des 18. Jahrhunderts versucht, sich gegen die Revolution abzuschließen, indem sie Frankreich mit Krieg überzogen. Die Heere der intervenierenden Staaten aber waren bereits innerlich vermörscht, analog der innerstaatlichen Fäulnis und Zersetzung Preußens und Österreichs, und konnten gegen das junge, mit revolutionären Elan kämpfende Volk Frankreichs nicht standhalten. Schließlich wurden Preußen und Österreich durch die überlegene Kriegskunst Napoleons an den Rand des Ruins gebracht.

Napoleon führte in allen Staaten, die nach seinen Siegen seiner direkten und indirekten Herrschaft unterstanden, politische und gesellschaftliche Reformen ein, durch welche die wesentlichen Grundgedanken der Revolution, die formale Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger sich auch hier verwirklichten. Die deutschen Staaten waren gezwungen Schritt zu halten, wollten sie nicht jeden Gedanken

an die Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihres nationalen Eigenlebens aufgeben.

Die nach dem Tilsiter Frieden vom Jahre 1807 einsetzenden politischen Reformen waren indes keineswegs das Produkt allgemeiner Einsicht der herrschenden Klasse. Diese Reformen entstammten den Gedanken einzelner Männer aus der Schule der modernen deutschen Philosophie. Starke gesellschaftliche Kräfte, wie sie in Frankreich die bürgerlichen Reformen erzwungen hatten, waren nicht vorhanden, so war es im wesentlichen das Verdienst des Freiherrn v. Stein, der stärksten politischen Kraft seiner Zeit, daß die Reformpläne gegen den Widerstand des Königs und vor allem der feudalen Junker durchgesetzt wurden.

Stein war keineswegs ein Revolutionär, eher das Gegenteil, er hasste Frankreich, Napoleon und die Revolution. Er gehörte dem reichsunmittelbaren Adel an, der durch die föderative Entwicklung des Deutschen Reiches an die Wand gedrückt war und mit dem Ende des alten „römischen Reiches deutscher Nation“ im Jahre 1806 völlig sein Staatsideal verloren hatte. Die Wiederherstellung des deutschen Kaiserreiches war sein politisches, die Herbeiführung einer ständigen Ordnung, wie sie das Mittelalter gehabt hatte, sein wirtschaftliches Ziel. Aber trotzdem wirkte sein wirtschaftliches Handeln sich nicht konservativ aus. Steins Hass gegen die Fürsten, die mit ihren partikularistischen Bestrebungen die Reichseinheit zerstört hatten, sein Hass gegen den Kleinstadel, den er sich gesellschaftlich untergeordnet fühlte, machte ihn zu ihrem großen Gegengänger, machte ihm zum politischen Werkzeug einer Entwicklung in der Richtung gesellschaftlichen Fortschrittes.

Stein war schon nach seiner Universitätszeit in preußische Dienste getreten. Zunächst war er Direktor des märkischen Oderbergamtes, dann Oberpräsident der westfälischen Kammer und wurde 1804 Minister. Anfang 1807 vom König verabschiedet, aber bereits Ende des gleichen Jahres auf Napoleons Veranlassung wieder berufen, entstanden unter seiner Leitung im Zeitraum knapp eines Jahres, die unter dem Namen „preußische Reform“ bekannt gewordenen Gesetze. Dann zog sich Stein den Hass Napoleons zu, und dem mußte er 1808 weichen.

Wenn man von der militärischen Reform absieht, die sich ebenfalls unter Stein's Einfluß nach den Plänen Scharnhorst' und Gneisenau's anbahnte, so umfaßt die „preußische Reform“ zwei Gesetze, „das Oktoberedikt von 1807“ und „die Städteordnung von 1808“.

Das Oktoberedikt von 1807 enthält die Bestimmungen der agrarischen Reform, die das Monopol des Adels auf den Großgrundbesitz und die Leibeigenschaft der Bauern aufhob. Es gab den Bauern zwar die persönliche Freiheit, aber kein Land. Es änderte

## Die Lohnbewegungen des Jahres 1930 im Steinarbeiterverband

Von den vielen dem Verband obliegenden Aufgaben ist die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder die wichtigste. Demnach ist Hauptaufgabe des Verbandes, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kollegen zu schaffen und in welchem Umfang Erfolge möglich sind, hängt von der organisatorischen Stärke, der beruflichen sowie der allgemeinen Wirtschaftslage ab.

Im vorjährigen Bericht über die Lohnbewegungen des Jahres 1929 mußten wir bereits mitteilen, daß ein Teil der Tarifabschlüsse von der Konjunkturabschwächung beeinflußt waren. Wenn es trotzdem im selben Jahre noch gelang, für 70 208 Beschäftigte in der Steinindustrie und im Steinzeuggewerbe eine durchschnittliche Lohn erhöhung von 2,06 M. oder insgesamt 144 718 M. pro Woche zu erkämpfen und daneben die von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen restlos abzuwehren, so war dieses auf die Schlacht der Organisation und auf die gut ausgebauten Tarif- und Schlichtungsverträge zurückzuführen.

Das Jahr 1930 stand im Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstandes, der sich besonders ungünstig auf die baugewerblichen Industrien, demnach auch auf die Steinindustrie auswirkt.

Nach den Erhebungen des ADGB. betrug die Arbeitslosigkeit in der sogenannten Konjunkturgruppe im Jahresdurchschnitt 17,5 Prozent, in den baugewerblichen Verbänden jedoch 46,5 Prozent und im Steinarbeiterverband 47,6 Prozent. Dieser enorm hohe Prozentsatz arbeitsloser Kollegen wirkte selbstverständlich auf ihre Lohnbewegungen ungünstig ein. Während die im ersten Halbjahr abgelaufenen Tarifverträge noch ohne Verschlechterungen erneuert werden konnten, war bei den späteren Abschlüssen eine restlose Abwehr von Verschlechterungen nicht immer möglich. Ermutigt und unterstützt wurden die Unternehmer in ihren Lohnabbau-Bestrebungen von der inzwischen zur Macht gelangten Regierung Brünning-Stegerwald. Bekanntlich propagierte diese Regierung einen allgemeinen Preisabbau, wobei auch nach ihrer Auffassung die „überseiteten Löhne“ eine Kürzung erfahnen sollten.

Der tatsächlich auf dem Weltmarkt eingetretene Preisabbau blieb jedoch auf Grund der von der Regierung betriebenen Zollpolitik und der Macht der Unternehmerkartelle in Deutschland gleich zu Beginn stecken; dagegen wurde aber der allgemeine Lohnabbau in Gang gesetzt. Die dadurch eingetretene Berringerung der Kaufkraft hatte naturgemäß eine Verschärfung der Krise zur Folge. Diesen Lohnabbau abzuwehren bzw. auf ein möglichst niedriges Maß zu beschränken, wurde hierbei zur richtigen Aufgabe der Gewerkschaften. Über den Umfang der abgeschlossenen Tarife geben nachstehende Tabellen Aufschluß.

### A. Bewegungen ohne Arbeitseinstellung:

Art der Bewegungen	Bewegungen fanden statt				Durch Ablauf bzw. Kündigung			
	in Fällen	in Orten	in Betrieben	mit Beschäftigten	in Fällen	in Betrieben	mit Beschäftigten	
a) Angriffsbew.	25	120	600	4 113	23	564	3 613	
b) Abwehrbew.	65	315	1578	50 286	65	1578	50 286	
	90	435	2178	54 399	88	2142	53 899	
B. Bewegungen mit Arbeitseinstellung (Streiks und Ausperrung)								
c) Angriffsbew.	3	3	76	195	—	—	—	
d) Abwehrbew.	17	18	27	838	17	27	838	
	20	21	103	1 033	17	27	838	
Bew. insgesamt	110	456	2281	55 432	105	2169	54 737	

Wie aus vorstehender Aufstellung ersichtlich, waren von den 110 geführten Bewegungen 28 Angriffs- und 82 Abwehrbewegungen. Beteiligt waren insgesamt in 456 Orten und 2281 Betrieben 55 432 Personen. Zum Streik führten 20 Bewegungen mit 1033 Beteiligten. Ursache der Streiks waren in drei Fällen Lohnforderungen, während in 17 Fällen, die von den Arbeitgebern beabsichtigten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Arbeitsniederlegung führten. Bemerk sei hierzu, daß in den registrierten Meldungen die Bewegungen nicht mit enthalten sind, die auf Grund von Änderungen der Arbeitszeit in den Betrieben entstanden sind. Letzteres kam vielfach in der Pflasterstein- und Schotterindustrie vor.

Außer den angeführten Bewegungen erfolgte von einem besonders reaktionären Unternehmer eine Ausperrung, weil unsere Kollegen es sich nicht nehmen ließen, den ersten Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Nachfolgende Aufstellung gibt die Resultate der Bewegungen wieder:

### A. Es wurde erreicht:

Durch die Bewegungen	Arbeitszeitverkürzung		Lohnhöhung				Ges. Verhöhlungsbedingungen für Personen
	für Personen (Jahr)	Juliaum. Std. pro Woche	Jahr	Juliaum. Mark pro Woche	Jahr	Juliaum. Mark pro Woche	
Ohne Arbeitseinstellung. Mit Arbeitseinstellung (Streiks und Ausperrungen)	—	—	1149	3511.64	15	28.80	—
	—	—	190	364.80	—	—	—
Zusammen	—	—	1339	3876.44	15	28.80	—

### B. Es wurde abgewehrt:

Durch die Bewegungen	Arbeitszeitverlängerung		Lohnkürzung				Ges. Verhöhlungsbedingungen für Personen
	für Personen (Jahr)	Juliaum. Std. pro Woche	Jahr	Juliaum. Mark pro Woche	Jahr	Juliaum. Mark pro Woche	
Ohne Arbeitseinstellung. Mit Arbeitseinstellung (Streiks und Ausperrungen)	—	—	43063	171985.34	153	341.10	—
	34	408	337	938.80	—	—	—
Zusammen	34	408	43400	172924.14	153	341.10	—

### C. Es trat ein:

Durch die Bewegungen	Arbeitszeitverlängerung		Lohnkürzung				Ges. Verhöhlungsbedingungen für Personen
	für Personen (Jahr)	Juliaum. Std. pro Woche	Jahr	Juliaum. Mark pro Woche	Jahr	Juliaum. Mark pro Woche	
Ohne Arbeitseinstellung. Mit Arbeitseinstellung (Streiks und Ausperrungen)	—	—	6964	19658.16	26	34.80	—
	—	—	223	839.20	—	—	—
Zusammen	—	—	7187	20497.36	26	34.80	—

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß im Berichtsjahre 1339 Kollegen eine Lohnhöhung von 2,82 M. oder insgesamt 37 876,44 M. pro Woche hatten. Großer ist die Zahl, für die beabsichtigte Ver-

slechterungen abgewehrt werden konnten. Nicht weniger als 43 553 Personen war ein Lohnabbau von 173 265,34 M. oder pro Kopf und Woche 3,97 M. zugebracht, der mit Hilfe des Verbandes abgewehrt wurde. Leider war es für einen Teil der Kollegen nicht möglich, den geplanten Abbau restlos abzuwehren. 7223 Personen mußten sich mit einem Abbau von 20 497,36 M. oder 2,83 M. pro Woche abfinden. Diese Zahlen gelten allerdings nur für die Bewegungen, über welche die Gauleitungen berichtet haben.

Die Kosten für die Bewegungen betrugen im Berichtsjahr 124 733,93 M., wovon 11 146,23 M. für Verhandlungen verausgabt und der übrige Betrag in Höhe von 113 607,70 M. als Streitunterstützung zur Auszahlung gelangte.

Besonders interessant sind die Berichte über die Eredigung der Bewegungen. Ein großer Teil der Tarifverhandlungen und zwar 49, konnten durch direkte Verhandlungen beigelegt werden. Bewegungen wurden durch Vereinbarungen vor tariflichen Schlichtungsinstanzen erledigt. Zwei endeten vor den tariflichen Schlichtungsstellen durch Spruch. Vor besonders vereinbarten Instanzen wurde eine Bewegung durch Vereinbarung und vier durch Schiedspruch abgeschlossen. Die größte Zahl der Bewegungen kam vor staatlichen Schlichtungsinstanzen zur Verhandlung. In 17 Fällen wurde ein Spruch gefällt, während zweimal die Bewegung durch Vereinbarung endete. Der Anruf erfolgte in 27 Fällen von unserer und in 8 Fällen von Unternehmern. Durch beide Parteien erfolgte der Anruf in 18 Fällen, während von Amts wegen dreimal eingegriffen wurde.

Die Annahme der Schiedsprüche erfolgte von unserer Seite allein: 13 mal, während die Unternehmer bei unserer Ablehnung 9 mal zustimmten. Von beiden Kontrahenten gelangten 17 Schiedsprüche zur Annahme und einer wurde beiderseitig abgelehnt. Verbindlichkeitserklärung wurde unserseits 12 mal und unternehmenseitig 2 mal beantragt. In weiteren 2 Fällen erfolgte die Antragstellung beiderseits. Von diesen Anträgen fanden 10 in den Verhandlungen vor dem Schlichter durch Vereinbarung einen Abschluß, während den übrigen 4 Anträgen stattgegeben wurde, so daß die umstrittenen Tarife festgestellt erlangten.

Im allgemeinen beweisen genannte Zahlen, daß gegenüber den vorjährigen Berichten ein wesentlicher Rückgang der Zuhilfenahme der Schlichtungsinstanzen zu verzeichnen ist. — Die Ursache dieses Rückgangs ist lediglich in der Einführung der Unternehmer dieser Instanzen gegen zu suchen. Diese glauben in der Zeit der tiefstehenden Wirtschaft ohne Vertragshilfe mit ihren Arbeitern leichter fertig zu werden. Was unsere Gewerkschaft dagegen unternommen und durchgeführt hat, geht aus dem Vorstehenden mit aller Deutlichkeit hervor.

### So wird's gemacht

In einem alten Lustspiel von Gustav Freytag „Die Touristin“ kommt eine Gestalt vor mit dem Namen „Schmod“. Schmod ist ein sogenannter Zeileshinder, der für Geld alles schreibt. Er kann schreiben links und kann schreiben rechts. Ein solcher Schmod schreibt auch unter dem Pseudonym Rudolf Rehbohm in der Nummer 15 der „Grünen Post“ unter der Überschrift „Der Mann, der verloren ist“ ein Elaborat gegen die Invaliden- und Krankenversicherung.

Als Einleitung schildert er die luxuriöse Einrichtung des Verwaltungsgebäudes einer Ortskrankenkasse in einer Stadt mit 20 800 Einwohnern. Er geht dann dazu über, die Mechanisierung der ärztlichen Behandlung durch einen Kassenarzt vorzuführen. Zum Schluß wird er tragisch, er erzählt von einem alten Arbeiter, der sich ausgerechnet hatte, daß er bei Erreichung des 65. Lebensjahrs ein Kapital von 35 000 Mark von der Invalidenversicherung ausgezahlt erhalten müsse und bitter enttäuscht ist, als er nur den Monatsbetrag seiner Rente erhält. So macht nun Schmod eine Milchmädchenrechnung auf, daß der Verwaltungsapparat der Invalidenversicherung viel zu teuer sei und daß die Arbeiter besser daran wären, wenn sie die Versicherungsbeiträge auf die Sparkasse trügen, denn dann hätten sie auf ihre alten Tage ein schönes Kapital beisammen, mit dem sie bis an ihr Lebensende reichend würden.

Wenn der Fall nicht gar zu traurig wäre, könnte man lachen. Über die Tatsache, daß die „Grüne Post“ eine Millionenauflage hat, muß uns zu denken geben. Hier wird mit der Miete eines Biedermanns die Sozialreaktion verbreitet. Hier wird auf die feinste Art und Weise Misstrauen gesät gegen die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, und dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. Hinzu kommt, daß die Arbeiterschaften mit diesem Wurzblatt, das angeblich politisch neutral ist und in einem staatsparteilichen Verlage erscheint (Ullstein). In Wirklichkeit steht diese Zeitung im Solde der Sozialreaktionäre und tritt die Arbeiterinteressen mit Füßen.

Heribopolis.

### Professorenweisheit

Eine Geschmaßlosigkeit, die kaum noch überboten werden kann, hat sich der Professor Schreber der Technischen Hochschule in Aachen in einem Artikel in der Zeitschrift „Technik und Kultur“ gezeigt. Der Herr Professor, der die Arbeitslohen als „Arbeits scheue“ bezeichnet, bemüht sich um den Nachweis, daß es ein Naturgesetz sei, dem Arbeiter nicht mehr zum Leben zu geben, daß er sich gerade passen kann. Nach seiner Auffassung braucht der Muskelarbeiter nicht mehr als die ersten Menschen auf der Erde, etwa wie der Neandertalmensch. Doch lesen wir selbst, was er schreibt:

„Der Ertrag eines industriellen Werkes muß zwischen Leiter, Mitarbeiter der Verantwortung und Muskelarbeiter geteilt werden. Nach einem unabänderlichen Naturgesetz muß diese Teilung so vorgenommen werden, daß diejenigen, die nichts als Muskelarbeiter sind, die auch nicht das geringste bishier von Geistesarbeit leisten, der jedesmaligen, durch die fördernde Geistesarbeit der früheren Geschlechter ermöglichten Lebenshaltung des Volkes entsprechend nur gerade leben können. Dieses Gesetz der Lohnteilung ist darin begründet, daß nur die fördernde Geistesarbeit die Besserung der Lebenshaltung des Volkes ermöglicht, während die Muskelarbeiter an dieser Besserung keinen Teil haben. Sie könnten bestenfalls die augenblickliche Lebenslage aufrechterhalten, aber auch das wird ihnen nicht gelingen. Der Nur-Muskelarbeiter hat auf Grund seiner Muskelarbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Erde, also vielleicht der Neandertalmensch besaß. Das, um was seine jetzige Lebenshaltung besser ist, verdankt er ausschließlich der Gutmütigkeit der Geistesarbeiter, die ihm vom dem Ertrag ihrer Geistesarbeit freiwillig abgeben.“

Abgesehen davon, daß dieses holprige Deutsch auf hervorragende Geisteskräfte nicht läßt, fragt man sich, wie es möglich ist, daß solche Professoren an den Technischen Hochschulen heute noch unterrichten. Es sollte doch wohl Mittel und Wege geben, die Lehrstühle der Hochschulen von solchen, die studierende Jugend verderbenden Kräften zu säubern. Wenn solcher Unsinn der Jugend beigebracht wird, dann braucht man sich über die hochnägige Haltung der

# Kundschau

**Die Lebenshaltungskosten steigen.** Die Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten betrug nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Monat Mai 137,3. Für die Vormonate lauteten die Ziffern folgendermaßen: April 137,2, März 137,7, Februar 138,8 und Januar 140,4. Es ist also seit März eine wesentliche Verlangsamung in dem Rückgang der Indezifffern für die Lebenshaltungskosten eingetreten. Waren im Mai die Indezifffern für Heizung und Beleuchtung infolge der Sommerabzüge für Heizungsstoffe nicht niedriger, dann hätten wir eine noch größere Steigerung zu verzeichnen. Die Kosten für die Lebenshaltung werden in Deutschland sehr weitgehend durch die Preise für Lebensmittel bestimmt. Diese wiederum werden von der amtlichen Zoll- und Wirtschaftspolitik stark beeinflusst. Somit hat diese Politik eine nicht geringe Einwirkung auf die Höhe des deutschen Reallohns. Ungehindert dieser sichtbaren Tendenzen auf dem Gebiete der Preisbildung setzen die Unternehmer ihre Bemühungen zur Herabsetzung der Löhne und Gehälter fort. Sie begnügen sich nicht damit, daß das deutsche Volk an sich schon eine schlechte Zeit durchmacht, sondern sie soll noch schlechter werden. Die Unternehmer und das Reichsernährungsministerium arbeiten dabei Hand in Hand. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist ein eigenständlicher Kontrast zur Einleitung der zweiten Lohnabbauwelle.

**928 000 Unfälle in einem Jahr!** Die Unfallstatistik für das Jahr 1929 liegt vor. Bei 1 076 432 Betrieben mit 11 495 151 versicherten Personen sind im Jahre 1929 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 927 995 Unfälle vorgekommen, von denen 55 257 entschädigungspflichtig wurden und 4597 tödlich verliefen. Bei den vorgenommenen Unfällen ist eine Steigerung der Zahl um 3773 zu verzeichnen, während die Zahl der entschädigten Unfälle um 1212 und die Zahl der tödlichen Unfälle um 24 gefallen ist. Die meisten Unfälle verursachte der Transport. Es folgen: Fall von Personen von Leitern, Treppen usw., Unfälle an Arbeitsmaschinen und andere. Recht bemerkenswert ist die Zahl der Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit, die sich vermehrt hat. Im Jahre 1929 waren hier rund 62 000 Unfälle zu verzeichnen. Daraus waren 5248 entschädigungspflichtig und 599 tödlich. 13 v. H. aller tödlich verlaufenen Unfälle sind also auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle zu verzeichnen gewesen. Auch die Zahl der Unfälle, die man unter der Gruppe Berufskrankheiten zusammenfaßt, haben sehr wesentlich zugenommen. Die Zahl der tödlichen Fälle stieg hier vom Jahr 1928 bis 1929 von 1,43 auf 3,55. Wie bekannt, sind starke Bestrebungen im Gange, die Unfallversicherung zu verschlechtern. Gerade die Statistik vom Jahre 1929 dürfte beweisen, wie sich die geplanten Verschlechterungen auswirken würden. Es muß deshalb mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen Versuch angelaempft werden.

**Kürzung der Arbeitslosenunterstützung auch in England.** In allen Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit wird zur Zeit die Arbeitslosenfürsorge durch den Staat und die öffentlichen Körperschaften überprüft. In England z. B. hat man eine Arbeitslosen-Enquete veranstaltet, die auf eine lange Vorbereitungssarbeit zurückzuführen scheint. Ihre Aufgabe bestand darin, das Unterstützungsysteem auf seine Reformbedürftigkeit zu untersuchen. Bisher ist ein staatlicher Zufluss zum Fonds für die Arbeitslosenunterstützung von 80 Mill. Pfund Sterling (1,6 Milliarden Mark) geleistet worden. Der Bericht schlägt nunmehr vor: 1. Begrenzung der Unterstützungszeit auf 26 Wochen; dann soll ähnlich wie in Deutschland eine Art Krisenfürsorge in Kraft treten. 2. Erhöhung der Versicherungsbeiträge auf 9 Pence für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat und 3. Kürzung der Unterstützungsätze. In England hat man mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie in Deutschland, Österreich und anderwärts. Auch jenseits des Kanals kommt man schließlich zu dem Schluß, den Arbeitslosen und Arbeitern erhöhte Opfer aufzuladen.

**Der Sowjetkapitalismus vor einer neuen Schwungung.** Der Moskauer Berichterstatter der Voss. Ztg. berichtet in Nr. 270 in aufschlußreicher Weise über die Entwicklung der Wirtschaft in Rußland. Der Artikelbeschreiber führt aus, daß in Rußland eine neue Kursrichtung eingeschlagen wurde, um die unheilvoll drohende Inflation zu begegnen. Der bisher in der russischen Wirtschaft maßgebende Techniker wurde durch den Kaufmann abgelöst. „An der Schwelle einer unablässbaren Inflation, an dem Punkt, wo die Kosten der Industrialisierung über die Kräfte zu gehen beginnen, hat der Kreml die neuen Parolen ausgegeben. Es nimmt dabei um den Preis des wirtschaftlichen Nutzens das politische Odium in Kauf, daß die kommunistischen Methoden der Wirtschaftsführung der Wirklichkeit nicht standgehalten haben, daß man echt kapitalistische Methoden anwenden muß.“ Und man befindet sich jetzt in der gleichen unangenehmen Lage wie jeder kapitalistische Betrieb in Krisenzeiten: paßt man die Löhne der Teuerung an, so muß man — um die Bilanz zu sichern — wiederum mit den Preisen in die Höhe gehen, um dann wieder die Löhne zu erhöhen und so fort.“ Der Artikel schließt folgendermaßen: „Für die Bevölkerung Rußlands sind die Folgen des neuen „Sozial-Kapitalismus“ noch unangenehmer als die des „Privatkapitalismus“ für die Bevölkerung anderer Staaten; denn die sozialisierten Betriebe können nicht durch rationeller oder mit geringerem Gewinn arbeitende Konkurrenten gezwungen werden, besser oder billiger zu arbeiten oder unterzugehen. Die Sowjetwirtschaft kann den verhängnisvollen Zirkel von Bilanz-Preisen, Löhnen nur abchwächen, indem sie einen erheblichen Teil des Konsumbedarfs unbesiedigt läßt und den Lebensstandard der Bevölkerung weitmöglich niedrig hält. Und das tut sie — immer in der Hoffnung, nach einer Periode der Leiden und der Not die errechneten günstigen Resultate des Wirtschaftsaufbaues und der Industrialisierung heranreifen zu sehen, wenn nicht nach dem ersten, dann nach dem nächsten fünfjährigen.“

**Das Morden von Kaufstraßt ist Selbstmord.** Kaufstraßt vernichtung wird heute als das Altheilmittel angesehen, obwohl die ganze Wirtschaftslage daran krankt, daß die vorhandenen Warenmengen nicht abgesetzt werden können. Die Notverordnung ist hierfür ein Beweis. In der „Brücke“ Nr. 24 wird dies von einem Mitglied des Präsidiums der Bayrischen Industrie- und Handelskammer für Oberfranken durch folgende Worte bestätigt, die wir ohne Zusatz wiedergeben:

„Es ist ein Unding, auch nur annehmen zu wollen, daß man in einer Epoche der Massenerzeugung, der großen Lager und der Absatzstörung, verbunden mit größter Arbeitslosigkeit, der Krise durch Lohn- und Gehaltskürzungen auch nur im mindestens befreien könnte. Massenerzeugung bedingt Massenmord. Es kommt daher einem volkswirtschaftlichen Massenmord gleich, wenn man die große Masse in ihrem Einkommen kürzt. Wahnsinn, nichts weiter! Die große Masse ist es, die allein in unserer Zeit der Massenerzeugung die Arbeitslosigkeit durch Konsum einigermaßen mildern kann. Wir möchten den Grundzustand prägen, daß hundert Briefträger und hundert Volksschullehrer für den Konsum viel wichtiger sind, wie etwa 10 oder selbst 50 Regierungspräsidenten, und damit glauben wir den grundlegenden Fehler der Brüningschen Offensive aufgedeckt zu haben. Nicht Kürzung der Gehälter der Beamten und nicht Kriegersteuer für die Einkommen wären das Gegebene und Notwendige gewesen, sondern Vereinfachung der aufgelösten Verwaltung in allen deutschen Ländern. Man behauptet, daß z. B. bei einem großen Konzern 25 Direktoren zusammen 12 Millionen das Jahr haben, während 10 000 Angestellte ein Einkommen von zusammen 25 Millionen verdienen. Welcher volkswirtschaftliche Unsinn! Wenn man den 10 000 Angestellten, um ein beliebiges Beispiel anzuführen, 2½ Prozent des Einkommens kürzt, kann der Staat zwar 1½ Millionen profitieren, während die Wirtschaft durch Einschrumpfung des Konsums die gleiche Summe verliert. Wenn man aber, um das gleiche zu erreichen, den 25 Direktoren 10 Prozent abzieht, dann profitiert wohl der Staat dasselbe, der Konsum aber hat noch lange nicht den gleichen Schaden, als wenn diese Kürzung bei den Kleineren und Mittleren vorgenommen wird. Kanzler Brüning war also sehr schlecht beraten, als er an das Morden der Kaufstraßt herangegangen ist. Denn diese Handlung war auch wirtschaftlich durchaus falsch!“

**Die schlechte Wirtschaftslage verhindert Eheschließungen.** Im Jahre 1930 war die Zahl der Eheschließungen in Deutschland um 27 133 kleiner als im Vorjahr. Dieser Rückgang verteilt sich vollständig auf das zweite Halbjahr, während im ersten Halbjahr noch eine Zunahme zu verzeichnen war. Die Heiratsziffer sank im Vorjahr um 0,5 auf 8,7 je 1000. Im Jahre 1931 hat sich der Rückgang der Heiratshäufigkeit noch wesentlich verstärkt. Da die Zahl der heiratsfähigen Männer auch im Jahre 1930 noch angewachsen ist, hätte eine Zunahme der Eheschließungen um etwa 9000 eintreten müssen. Statt dessen erfolgte eine fühlbare Abnahme. Bei einer solchen Wirtschaftskatastrophe ist es schwierig möglich zu heiraten. Dies kommt in den Heiratsziffern zum Ausdruck. Aber auch die Geburtenziffern werden von der Wirtschaftslage der Bevölkerung beeinflußt. Die Zahl der Lebendgeborenen war im Jahr 1930 wiederum 20 630 niedriger als im Vorjahr. Auf 1000 der Gesamtbevölkerung entfielen daher nur noch 17,5 Lebendgeborene, gegenüber 17,9 im Jahre 1929 und 18,6 im Jahre 1928. Dabei war die Zahl der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter von unter 45 Jahren im Jahre 1930 um 120 000 größer als 1929. Bei unveränderter Geburtenhäufigkeit hätten 14 600 eheliche Kinder mehr geboren werden müssen als im Jahre 1929. Die Zahl der Sterbefälle hat abgenommen. Wir hatten im Jahre 1930 mit 11,1 die niedrigste Sterbeziffer seit je zu verzeichnen. Die Entwicklung setzt sich fort, daß die Bevölkerungszunahme nachläßt und die lebende Bevölkerung immer älter wird.

**Wann kommt eine Nationalisierung der Rationalisierung?** In den Fabriken blinnt dem Eintretenden ein schimmernder Maschinenpark entgegen. Immer mehr Maschinen und Apparate und immer weniger Menschen, das ist das Zeichen der modernen Produktionsweise. In dem Bericht, den der Direktor des IAA der Internationalen Arbeitskonferenz vorlegt, wird hierüber sehr eindrucksvolles Material beigebracht. Eine Mäh- und Drehschiffsmaschine verdrängt mindestens fünf landwirtschaftliche Arbeiter. Diese Maschine hat die internationale Agrarökonomie wenn nicht herbeigeführt, so doch sehr gefördert. Wie der Mähdrescher heute Anwendung findet, dafür einige Beweise: In Kansas gab es im Jahre 1918 deren 14, im Jahre 1928 20 000 und im Jahre 1929 25 000; in Kanada 1912 2, im Jahre 1925 18 und im Jahre 1929 7215. Danach sind in Kansas 125 000 und in Kanada rund 40 000 landwirtschaftliche Arbeiter brotlos geworden. Die Steigerung der Produktionsleistung ist gewaltig gewachsen. Berechnet auf die Arbeitsstunde eines Arbeiters, liegen Ziffern für die Vereinigten Staaten vor. Danach ergibt sich, daß die Leistung von 1914 bis 1927 je Arbeitsstunde und je Arbeiter gesteigert wurde:

in den Schlachthäusern und Konservenfabriken	um 26 Proz.
in den Rohrzuckerfabriken	33 "
in den Papierfabriken	40 "
in den Gärberen	41 "
in den Stahl- und Walzwerken	46 "
in den Zementfabriken	54 "
in der Mühle	59 "
in den Petroleumraffinerien	82 "
in den Hochöfenbetrieben	103 "
in dem Kraftwagenbau	178 "
in der Wagenbereifung	292 "

Diese gewaltige Indienststellung der Maschinen hat zu der großen Arbeitslosigkeit von heute nicht wenig beigetragen. Das Internationale Arbeitsamt weist hierauf mit folgenden Worten hin: „Wenn das Schriftmaß der Einführung von Maschinen so rasch wird, wie in den letzten Jahren, so führt es zwangsläufig zu einer Art einheimischer Arbeitslosigkeit von immer wachsendem Umfang, die sich aus der Kündigung von immer mehr durch Maschinen ersetzten Arbeitnehmern ergibt.“ Es sei bald angebracht, die „Rationalisierung zu rationalisieren.“ Was für ein Zustand: die Menschheit schafft technische Höchstleistungen und muß darunter entsetzt leiden!

**Die Lebensdauer der Menschen einstundjezt**

Seitdem es denkende Menschen auf der Erde gibt, hatten sie das Bestreben, ihre Lebensdauer zu verlängern. Natürlich wurde immer versucht, die Jugend mit ihrem Zauber jedem einzelnen so lange wie möglich zu erhalten. Die Versuche, alternde Menschen zu verjüngen, finden deshalb das größte Interesse. Stichhaltige Angaben über die durchschnittliche Lebensdauer sind erst von einigen Jahrhunderten vorhanden. Auch über zurückliegende Zeitspanne ist einiges Material erhalten geblieben. In der Zeitschrift „Soziale Medizin“ untersucht der Leiter des Statistischen Büros der Metropolitan Life Insurance Company New York, Dr. Dublin, die Frage „Können wir das Leben der Menschen verlängern?“ In diesem Artikel befindet sich gutes Material über das Leben der Menschen früher und jetzt und bei den verschiedenen Völkerschaften. Am Anfang unserer Zeitzählung soll die durchschnittliche Lebensdauer der Ägypter 30 Jahre betragen haben. Während der ersten drei Jahrhunderte des Kaiserreiches im alten Rom waren die Lebensbedingungen der Menschheit so schlecht, daß noch nicht einmal ein Durchschnittsalter von 20 Jahren erreicht wurde.

Der größte englische Astronom Hallen hat in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Bevölkerungsbewegung der Stadt Breslau untersucht. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Lebenserwartung 33½ Jahre betrug. Eine Sterbetafel auf Grund der Bevölkerungsbewegung in Northampton (England) um die Mitte des 18. Jahrhunderts ergibt eine Lebenserwartung von ungefähr 30 Jahren. In einigen Bezirken Nordamerikas betrug die Lebenserwartung im Anfang des 18. Jahrhunderts 35 Jahre. Um 1840 herum wurden die Bewohner des Staates Massachusetts durchschnittlich 40 Jahre alt. 40 Jahre später, im Jahre 1890 betrug die Lebenserwartung bereits 44 Jahre. Im Jahre 1927 betrug sie 59 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen. In Europa hat Dänemark den höchsten Stand der Lebenserwartung, nämlich 60 Jahre für Männer und 62 Jahre für Frauen. England und Deutschland haben ungefähr die gleichen Verhältnisse. Die Männer werden in diesen beiden Staaten etwa 56 Jahre und die Frauen 58 bis 60 Jahre alt. In Frankreich ist die durchschnittliche Lebensdauer um etwa 7 bis 8 Jahre niedriger. Das Land mit der längsten Lebensdauer ist Neuseeland. Hier können sich die Männer eines durchschnittlichen Lebensalters von 63 Jahren und die Frauen eines solchen von 65 Jahren erfreuen. Auf Neuseeland folgt Australien, wo die Lebenserwartung 2 bis 3 Jahre niedriger ist. Auf der untersten Stufe steht Indien, wo die Lebenserwartung die äußerst niedrige Ziffer von 22 Jahren für Männer und 23 Jahren für Frauen erreicht. Ein Bewohner Neuseelands lebt dreimal so lange als ein Indier. Dort haben wir es mit einem ruhigen, wohl ausgewogenen Volke zu tun, das Demokratie und Zivilisation seit Jahrzehnten zu pflegen Gelegenheit hatte, währenddessen wir es in Indien und China, Russland usw. mit unterdrückten und gequälten Völkern zu tun haben.

Die Verlängerung des menschlichen Lebens ist hauptsächlich auf die Unterdrückung der Volksseuchen zurückzuführen. Pest, Cholera, Blattern, Malaria, Gelbes Fieber, Typhus usw. waren die Geißeln, mit denen unsere Vorfäder gequält wurden. Für die moderne Menschheit sind dies unbekannte Begriffe. Selbst die Tuberkulose konnte weitgehend verhindert werden. Hinzu kommt der kolossale Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Der Verfasser des betreffenden Artikels ist der Meinung, daß die Lebensdauer noch verlängert werden kann. Eine durchschnittliche Lebenserwartung von 65 Jahren sei bei dem heutigen Stand der Wissenschaft durchaus möglich. Wenn wir die erfreuliche Tatsache registrieren können, daß der Mensch heute wesentlich länger lebt als seine Großväter, so wollen wir uns daran erinnern, daß die Gewerkschaftsbewegung daran einen großen Anteil hat. Sie hat die Arbeitszeit mit Erfolg zu kürzen gesucht, die Arbeitsweise verbessert, gesundheitliche Aufklärung getrieben, Raum für Sport der arbeitenden Bevölkerung geschaffen und die arbeitenden Menschen überhaupt auf eine höhere Kulturstufe gehoben. Es kommt nun noch darauf an, jedem einzelnen Menschen die Mittel zu verleihen, damit er das verlängerte Leben nicht in Not und Elend, sondern mit Begeisterung verbringen kann.

# Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

## Versammlungen:

Sonntag, 11. Juli:

In Meißen um 17 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

In Saarbrücken II im Hotel Jakob Reiter in der St. Johannisstraße 51. Pflasterer zur Stelle!

Sonntag, 12. Juli:

Mönchengladbach-Saarmund um 14 Uhr im Volkshaus.

In Lawaldau (Zahlstelle Grünberg) um 14 Uhr bei Walter.

In Elgershausen um 15 Uhr bei Bernhard Reutling.

In Fuchsstadt (Triebsdorf) um 14½ Uhr in der Konradischen Gastwirtschaft. Mitgliedsbücher mitbringen.

Sonntag, 25. Juli:

In Mohrungen (Ostpr.) um 16½ Uhr bei Ehrlichmann, Bezirksleiter anwesend.

\*

Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunterstützung findet am Mittwoch, 15. Juli 1931, von 9 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr statt.

# Briefkasten

**Druckschriften.** In Nr. 26, in dem Artikel „Unternehmerlogit“ muß es in der 2. Spalte heißen: „Unbequemlichkeiten auf Unternehmerseite“, nicht „Unternehmerseite“.

Im Bericht über den Bauarbeiterkongress wurden am Schluß die Vertreter unseres Verbandes genannt. Dabei wurde dem Kollegen Weidenhammer irrtümlich vor der Redaktion ein neuer Vorname gegeben. Der genannte Kollege heißt trotzdem nach wie vor: Friedrich.

**J. A. Dortmund.** 1. Der Erlaß der Hauszinssteuer kann in diesem Fall beantragt werden. 2. Die Miete ist Bringschuld, folgedessen sind auch bei Ueberweizung durch die Post die Portokosten von dem Mieter zu tragen.

**R. 100.** Das bleibt auf Verlangen selbstverständlich verschwiegen; mag auch kommen was will.

# Adressenänderungen

1. Gau: Berleberg. Vors. und Kass.: Otto Lübeck, Sophienstr. 40.
2. Gau: Gleiwitz. Vors.: Wilhelm Zurek, Kloppstr. 16. Königswalde. Vors. und Kass.: Aug. Korn, Königswalde 34b, Kr. Neurode, Schles. — Schreiberhau. Vors.: Franz Scholz, Nieder-Schreiberhau Nr. 18, Riegenberg. Kass.: Richard Scharf, Ober-Schreiberhau 1287, Reichs-eigenhaus.
4. Gau: Wünschendorf. Vors.: Bruno Ruschel, Fuchstalstr. 1. — Stendal. Vors.: Hermann Lange, Wendstraße 10a.
5. Gau: Hunsrück. Vors.: Gustav Vollmerhaus, Eseloh, Post Walbert.
10. Gau: Niedersachsen. Kass.: Heinrich Winning. — Hannover I. Vors. und Kass.: Willi Bock, Hannover I, M., Breite Straße 15, III.

# Bücher und Zeitschriften

Fachzeichen mit sachkundlichem Anhang für Steinsetzer, von Wilhelm Voß, Gewerbelehrer in Greifswald, Preis 1,80 Mark. Verlag von Julius Beth in Langensalza, Berlin, Leipzig.

Der Zeichenplan beginnt sofort mit dem Fachzeichen vom einsachen Pflasterstein bis zu den verschiedenen Anordnungen der Bordsteinlanten mit ansehnlicher Wasserlinie. Er bringt in verschiedenen Beispiele das Verlegen der Bordsteinplatten für Plattenbahnen, zeigt das Verlegen der Bordsteinwälle und die Pflasterungsmethode bei Anordnung von Kleinpflaster. Es folgt die Anordnung der Baumränder und die verschiedenen Unterbettungen für das Straßenpflaster. Alle einfliegenden Fußgäng- und Fahrdammbefestigungen werden gezeigt. Die Anordnung eines Radfahrwegs und eines Reitwegs wird gezeigt, ebenfalls die Befestigung der Straßenbahnschienen in der Straße. Es folgt die Pflasterung einer Einfahrtsrampe und die Sicherung gegen die Gasleitung.

In Tabellen wird das nötige Quer- und Langgefälle der Straßen gegeben und schließlich folgen schematische Darstellungen von Straßenquer schnitten, die weltmäßig aufgetragen und beliebig je nach den örtlichen Verhältnissen vermehrt werden können.

Bei der Darstellung besonderer Pflasterpläne für Straßenkreuzungen ist in dem Werk Abstand genommen. Ein sachkundlicher Anhang gibt zu den einzelnen Zeichnungen die nötigen Erklärungen. — Diese Schrift kann den vorwärtsstrebenden Kollegen im Steinengewerbe nur empfohlen werden, zumal der Preis erschwinglich ist.

# Anzeigen